Bernd Wunder

Adel und Bürokratie im Großherzogtum Baden (Diskussionsbeitrag)

Die Reduzierung des Adels in der Verwaltung läßt sich auch am Beispiel des Großherzogtums Baden verfolgen. Hier ergab sich bei einer Untersuchung der Spitzenpositionen des badischen Staatsdienstes von 1815 und 1840 ein Rückgang des Adels von 45 % auf 30 %. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß jeweils zwei Drittel der nominal Adligen in beiden Stichjahren Briefadlige der letzten einhundert Jahre waren. Eine nähere Betrachtung des Konnubiums dieser Briefadligen zeigt, daß sie fast nie in den alten Adel einheiraten konnten. Ebenso läßt sich in ihrem Vermögen fast nie adliger, grundherrschaftlicher Besitz bzw. Großgrundbesitz nachweisen. Sozial und ökonomisch war der Briefadel im Vormärz also nicht Teil des Adels – bestenfalls der Hinweis auf einen versuchten und gescheiterten Aufstieg in den Adel –, sondern die Spitzengruppe der akademischen Beamtenschaft bzw. des Bildungsbürgertums. Der eigentliche Adel in Spitzenstellungen in Baden reduzierte sich daher auf 15 % (1815) und 10 % (1840).

Die Gründe für den trotzdem unbestreitbaren Rückgang des Adels im Staatsdienst scheinen mir in den folgenden drei Punkten zu liegen:

1. Die Einführung des Prüfungsprinzips und einer stufenweisen Karriere: Der Ratsakzess des Adels, d.h. die Absolvierung einer einjährigen praktischen Tätigkeit in einem Zentralkollegium anstelle des – späteren 1. – Staatsexamens, wurde 1803 in Baden abgeschafft. Seitdem mußten sich Adlige nicht nur der vorgeschriebenen Prüfung unterziehen, sondern auch ihr Praktikum auf der untersten Verwaltungsebene der Ämter absolvieren. Ein Praktikum in der Zentrale blieb zwar als Ausnahme bestehen und führte weiterhin auf direktem Wege in Spitzenpositionen, aber selbst bei diesen Ausnahmen hatten Adlige mit Bürgerlichen zu konkurrieren. Die Prüfungsnote war zwar für die Anstellung irrelevant: Anstellung und Beförderung erfolgten nach Dienstalter – dies allein führte nicht in Spitzenstellungen –, praktischer Befähigung und Beziehungen. Die praktische Befähigung wurde nicht durch Prüfung, sondern durch Beurteilungen der Vorgesetzten ermittelt, und sie begünstigte nur bei einer kleinen Gruppe von Spitzenbegabungen die Karriere. Entscheidend für 80 % der Karrieren waren die Beziehungen zu den Verwaltungsspitzen, in deren Händen die Personalpolitik lag. Zwar hatte der Adel weiterhin die besten Beziehungen zum Hof und auf diesem Wege auch zu den Ministern, doch mußte er besonders seit der Ernennung bürgerlicher Minister seit 1830 sich nun der zahlenmäßig überlegenen Konkurrenz ge-

prüfter bürgerlicher Mitbewerber stellen. Im Vormärz gab es daher sowohl Adlige, die auf der Amtsebene strandeten, wie – einzelne – Adlige, die – aufgrund ihrer Beziehungen und manchmal auch nach Leistung – in die Mittel- und Zentralverwaltung befördert wurden. Dabei ist eine Entwicklung der „Beziehungen“ von adligen wie bürgerlichen Klientel- und Verwandtschaftsbanden hin zu Schul- und universitären Kohorten (Studentenverbindungen) und schließlich politischen Gesinnungsgemeinschaften festzustellen. Bei der Anwendung gleicher Kriterien für Adlige und Bürgerliche bei der Besetzung der Spitzenstellungen im Staat konnte der Adel sein Monopol nicht halten.

2. Ein Reservoir des Adels blieb der diplomatische Dienst. Der Grund lag in der Hoffähigkeit des Adels. Solange der Hof ein politisches Zentrum bildete, war er für die jeweiligen Diplomaten als Informationsquelle und „Arbeitsplatz“ unentbehrlich. Entsprechend entsandte z.B. Baden im Vormärz Diplomaten bürgerlicher Herkunft in die Eidgenossenschaft: Dort gab es bekanntlich keinen Hof. Gleiches gilt später für die amerikanischen Staaten.

3. Der Rückgang der Besetzung von Ministerposten mit Adligen war eine Folge der Ausbreitung des konstitutionellen Lebens. Der Minister mußte als Vertreter der Regierung vor allem in der Zweiten, bürgerlichen Kammer die Mehrheiten für die Regierungspolitik beschaffen und zwar mit möglichst geringen (finanziellen und politischen) Zugeständnissen. Dazu mußte er in der Lage sein, fachlich, intellektuell und rhetorisch den zumeist bildungsbürgerlichen Wortführern des Parlaments Paroli bieten zu können. Die adligen Höflinge waren aufgrund ihrer „Ausbildung“ zumeist nicht in der Lage, fachlich kompetent und rhetorisch erfolgreich Reden in der Öffentlichkeit zu halten: In Baden war dies – und nicht ein politischer Kurswechsel – in den 30er und 40er Jahren der entscheidende Grund für einen Ministerwechsel.

Der Rückgang des Adels beruhte nicht auf einem „Klassenkampf“ oder einem revolutionären Vorgehen der bürgerlichen Konkurrenz, sondern dem gewandelten Tätigkeitsprofil staatlicher Institutionen vom Bezirksamt bis zum Minister. Der Adel vermochte sich im 19. Jahrhundert nicht auf die gewandelten Anforderungen des Gesetzes- und dann des Rechtsstaates einzustellen, und mit dem erfolgreicher professionalisierten Bürgertum zu konkurrieren. Diese Modernisierung des Staates war aber nicht eine Folge der Konkurrenz zwischen Adel und Gelehrtenstand bzw. Bildungsbürgertum. (Zu den Belegen vgl. demnächst meine Untersuchung über „Die badische Beamenschaft 1800–1870“.)